



Gemeinsame Erklärung

Nein zur Pferdesteuer – Gegen den Griff in die Taschen der Pferdehalter

Bundesweit erwägen Städte und Gemeinden zur Konsolidierung ihrer Haushalte die Einführung einer Pferdesteuer. Soweit darf es nicht kommen!

Die kommunale Pferdesteuer wäre eine Bagatellsteuer. Bagatellsteuern sind immer willkürlich und ungerecht, da sie nur eine bestimmte Personengruppe belasten, ohne dass hierfür ein tragfähiger Grund vorliegt. Bagatellsteuern tragen zudem zur Komplizierung und Intransparenz des Steuerrechts bei. Jede neue Steuer verursacht einen zusätzlichen und speziellen Verwaltungsaufwand. Meist stehen ihre Erhebungskosten in keinem vernünftigen Verhältnis zu den erhofften Einnahmen und sind somit kein sinnvoller Weg für Haushaltssanierungen.

Sport ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, der als Aufgabe in Landes- und Kommunalverfassungen verankert ist und gefördert wird. Mit der Einführung der Pferdesteuer wird diese Förderung konterkariert und erstmals eine Sportart in Deutschland besteuert.

Das Reiten wurde als 1 von 6 Sportarten als Gesundheitssport anerkannt. Der Pferdesport liefert wissenschaftlich belegt einen überaus positiven Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung vor allem junger Menschen. Die Beschäftigung mit dem Pferd unterstützt in erheblichem Maße die Umwelt- und Sozialbildung von Kindern und Jugendlichen sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wird durch das Therapeutische Reiten ein wichtiger Beitrag zur Behandlung und Rehabilitation kranker und behinderter Menschen geleistet. Dieser von allen Politikern ausdrücklich gewünschte große Mehrwert für die Gesellschaft würde durch eine Pferdesteuer konterkariert.

Der Sport lebt vom freiwilligen Engagement und dem Ehrenamt. Eine Pferdesteuer würde gegenläufige Signale für das so dringend benötigte Engagement der Bürger für ihre Kommunen setzen, die weit über den Sport hinausgehen. Schon die öffentliche Debatte über die Pferdesteuer wird äußerst kontrovers geführt. Das Pferd als Kulturgut ist seit vielen hundert Jahren ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft.

Reitsport und Pferdehaltung stellen wegen der zahlreichen damit verbundenen Arbeitsplätze einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum dar. Viele Landwirte haben ihre Betriebe auf die Pensionspferdehaltung umgestellt und dabei erhebliche Investitionen getätigt. Diese Betriebe mussten in den letzten Jahren bereits die Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Pferdehaltung sowie für den Handel mit Pferden verkraften, was nur unter größten Mühen möglich war. Eine erneute steuerliche Belastung der Pferdehaltung würde viele Betriebe in ihrer Existenz bedrohen. Hinzu kommt, dass etliche Grünlandflächen nur durch extensive Pferdehaltung sinnvoll bewirtschaftet werden können, was Naturschutz und Artenvielfalt zu Gute kommt.

Nachhaltige Förderung des ehrenamtlichen Engagements und des Ausbaus der Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen führen schneller zu den erwünschten Einsparungen. Bevor über die Einführung einer Pferdesteuer nachgedacht wird, sollte deshalb sorgfältig geprüft werden, welche gesellschaftliche, ideelle und finanzielle Wertschöpfung die Kommune durch das Pferd erfährt.

Aus den genannten Gründen sprechen wir uns in aller Deutlichkeit gegen die Einführung von kommunalen Pferdesteuern aus.



Breido Graf zu Rantzau
Präsident

Dr. Thomas Bach
Präsident

Joachim Rukwied
Präsident

Reiner Holznagel
Präsident

Deutsche
Reiterliche Vereinigung e.V.

Deutscher
Olympischer Sportbund e.V.

Deutscher
Bauernverband e.V.

Bund der
Steuerzahler Deutschland e.V.